Teuerung. Ein wirksames Instrument zur sofortigen Senkung der Lebensmittelpreise wäre eine Antiteuerungskommission.

Blackbox Preisgestaltung

VON HELENE SCHUBERTH

Lebensmittel zählen wie Wohnen und Energie zu den Grundbedürfnissen – Ökonominnen und Ökonomen würden sagen: Die Nachfrage ist relativ preisunelastisch. Kundinnen und Kunden zahlen, wenn es sein muss, auch höhere Preise. Es sei denn, sie gehören, was jetzt die Lebensmittel betrifft, zu jener halben Million Menschen in Österreich, die sich ausreichendes Essen nicht mehr leisten können – ein skandalöses Ergebnis unverzeihlicher Versäumnisse im Krisenmanagement.

Gerade in einer Situation eines allgemein steigenden Preisniveaus fällt es den Unternehmen besonders leicht – ohne formale Absprachen –, die Preise gleichzeitig zu erhöhen. Spätestens ab dem Zeitpunkt des drastischen Energiepreisanstiegs konnten viele Unternehmen – unter gefälliger Beobachtung einiger Mitglieder der Bundesregierung – ihre Marktmacht auf Kosten der Konsumentinnen und Konsumenten voll ausreizen.

Nach einem Jahr Beobachtung exorbitant steigender Preise bei Lebensmitteln schreitet Bundesminister Kocher nun ein und nimmt die Konsumenten ins Visier: Sie sollen doch selbst die Not lindern und, ausgestattet mit einem Lebensmittelpreisrechner, auf die Reise gehen und nur die günstigsten Lebensmittel einkaufen; der verstärkte Wettbewerb würde Preise senken – so steht es zumindest im Lehrbuch. In dieser außergewöhnlichen Situation, in der Marktmechanismen teilweise außer Kraft gesetzt sind, ist das Lehrbuch ein schlechter Ratgeber für wirtschaftspolitische Entscheidungen. So zeigt eine aktuelle Auswertung des Momentum-Instituts, dass etwa 70 Prozent der Produkte der jeweiligen Eigenmarken zweier großer Lebensmitteleinzelhandelskonzerne ähnliche oder gleiche Preise aufweisen; es ist überall gleich teuer. Nebulose Ankündigungen von Verschärfungen des Wettbewerbsrechts werden daran nicht so rasch etwas ändern.

Ein wirksames Instrument zur Senkung der Lebensmittelpreise wäre die sofortige Einrichtung einer sozialpartnerschaftlich besetzten, schlagkräftigen Antiteuerungskommission. Bei der Geschäftsstelle dieser Kommission wäre eine Preisdatenbank einzurichten. Die Einzelhandelsunternehmen sollen verpflichtet werden, ihre tagesaktuellen digitalen Transaktionsdaten, die an den Kassen von großen Einzelhandelsgeschäften ohnehin erfasst sind, zu melden; zum Teil werden diese bereits heute wöchentlich an Statistik Austria für die Inflationsberechnung übermittelt. Und vor allem sollten auch die Einkaufspreise gemeldet werden. Diese Kommission und die Datenbank sind dabei wichtige Instrumente, um die Verkäuferinflation, so der technische Begriff für „Gierflation“, aufzuspüren und zu beschränken. Selbst die EZB argumentiert, es bestehe die große Gefahr, dass die Inflationsrate auf hohem Niveau verharrt, wenn es nicht gelingt, die Gewinn-Preis-Spirale zu durchbrechen.

Lückenlose Erfassung

Auffälligkeiten bei der Preisgestaltung könnten dank moderner statistischer Verfahren mit geringem Ressourcenaufwand eruiert und durch die Antiteuerungskommission sanktioniert werden. Eine Stelle, die die Preisgestaltung genau beobachtet, hätte Signalfunktion: Wenn Unternehmen wissen, dass ihnen eine Kommission auf die Finger schaut, werden sie sich hüten, Preise überbordend zu erhöhen.

Nur die lückenlose Erfassung aller Preise kann Licht in die Blackbox Preisgestaltung bringen. Mittelfristig müssten in der Preisdatenbank sämtliche Preise der Zwischenstufen der Lebensmittelversorgungskette erfasst werden. Dies ist kein drastischer Markteingriff, sondern Voraussetzung für funktionierende Märkte.

Helene Schuberth ist Chefökonomin des ÖGB.

E-Mails an: **debatte@diepresse.com**

Unbehagen im Rechtsstaat

Verwaltung. Jahrelang wurden in Österreich Reformen verschoben und Entscheidungen verschleppt. Das rächt sich jetzt in vielen Bereichen.

VON PETER HILPOLD

Unbehagen macht sich breit, nicht nur in der Politik, sondern auch in den Feldern Recht, Justiz und Wissenschaft. Den Hintergrund bilden Jahre, mitunter Jahrzehnte aufgeschobener Reformen; eine Unterlassung, die nun ihre abträglichen Wirkungen für das ganze Land überdeutlich vor Augen führt.

Da wäre die Digital-Uni Linz mit ihrem verunglückten Gründungskonvent. Die Vorwürfe, die aus diesem Gremium laut wurden, wiegen schwer. Ob diese in der Substanz zutreffen, kann von außen nicht beurteilt werden. Sicher ist, dass Anschuldigungen dieser Art einer rechtsstaatskonformen Überprüfung bedürfen. Die verlautbarten Ergebnisse des ministeriellen Aufsichtsbeschwerdeverfahrens müssen Verwunderung auslösen – und noch mehr, dass diese Zweifel nun über eine Prüfung durch die Finanzprokuratur (den Anwalt der Republik, auch des Ministeriums!) geprüft werden sollen. Als unabhängige Prüfinstanz stünde der Rechnungshof parat: Der Herr Wissenschaftsminister hätte die Befugnis, eine solche Prüfung zu veranlassen. Warum ist das nicht geschehen?

An der Universität Salzburg wird über eine § 99-Berufung eines OGH-Richters diskutiert: Das dritte Mal in Folge – obwohl die betreffende Bestimmung in § 99 keine Verlängerung vorsieht. Welche Bedeutung hat hier der verfassungsrechtliche Grundsatz der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung?

In Tirol wird ein hoher Landesbeamter Präsident des Verwaltungsgerichts; andere Bewerber:innen aus dem Justizbereich kündigen rechtliche Schritte an – doch gibt es in Österreich, einzigartig in der EU, keine diesbezüglichen Rechtsbehelfe.

In Wien lehnt die Verteidigungsministerin ein ukrainisches Hilfsersuchen zur Minenräumung unter Hinweis auf die österreichische Neutralität ab. Eine überzeugende rechtliche Begründung für diese Weigerung unterbleibt, der Bundespräsident protestiert zu Recht.

Ebenfalls in Wien unterbleibt die Bestellung der bereits durch ein fachkundiges Gremium bestimmten Präsidentin des VwGH, wobei zumindest in den Medien diese Entscheidung in Verbindung gebracht wird mit angeblich fehlender Pakttreue des Koalitionspartners in Bezug auf Sideletter-Absprachen.

Empörung, vielfach aber auch schiere Desillusionierung in der Bevölkerung sind festzustellen. Die Politik mag dazu neigen, die Vorwürfe entweder zu ignorieren oder von einem Sammelsurium von Vorfällen auszugehen, die zufällig zeitlich gehäuft die Republik im Zustand einer tiefen Krise treffen, aber sonst keinen Zusammenhang aufweisen. Tatsächlich liegen die Zusammenhänge aber auf der Hand. Was die Besetzungen bei den Spitzenpositionen in Verwaltung und Justiz anbelangt, ❯

PIZZICATO

Mamma mia, SPÖ

Zwei Tage sind es noch bis zum Tag X, zwei Mal noch schlafen bis zur Stunde null der SPÖ in Linz. Dass die Partei ihren neuen Ober-Sozi in der Stahlstadt auf den Schild hebt, hat eine innere Logik. Wo denn sonst als in Riechweite zu den Hochöfen, wo das Eisen geschmiedet wird, solang es heiß ist? Wo sich am Horizont der Pöstlingberg erhebt, wo im Inneren die sieben Zwerge hausen.

Längst hat das Buhlen eingesetzt, der Kampf um jede Stimme der 609 Delegierten. Schade nur, dass die Arbeiterfischer diesmal nicht Sitz und Stimme beanspruchen. Don Dosko hätte als Herr über den Neusiedler See ein Fischereirecht auf Lebenszeit verliehen: Zander, Hecht und Karpfen, solang der Vorrat reicht. So lädt er die Parteifreunde aus dem Sängerbund zur Premiere von „Mamma mia“ nach Mörbisch, erste Reihe fußfrei, inklusive Gelsenspray und Selfie samt Autogramm mit Intendant Alfons Haider.

Für den roten Andi, Winzer und Bürgermeister in Traiskirchen, ist der Aktionsradius indes beschränkt. Er macht das durch den hauseigenen Heurigen wett. Den „Red Bikers“ verspricht er Spritzer bis zum Abwinken, den Jusos die Rotweine „Ernesto“ und „Fidel“ – und als Bonus eine Wanderung durch die Weinberge unter Absingen der Internationalen. Und als Draufgabe „Das Kapital“, damit sie die Welt durch die richtige Brille sehen. (vier)

Reaktionen an: **thomas.vieregge@diepresse.com**

LESERPOST

Leserbriefe bitte an:
Die Presse, Hainburger Straße 33, A-1030 Wien oder an leserbriefe@diepresse.com

Haltung zu täglicher Arbeit ist eine andere

„Die liebste Jahreszeit des Österreichers“, „Déjà-vu“ von Hans Winkler, 30. 5.

Ihr Artikel zu dem leidigen Thema trifft die Sache hervorragend. Wir haben in Österreich tatsächlich eine Vielzahl von Feiertagen, die es in vergleichbaren Ländern in Europa nicht gibt. Das absurde Vokabular „Fenstertage“, „Brückentage“, mit der Zielsetzung, einfach noch weitere „verlängerte Wochenenden zu generieren“, ist nicht mehr zeitgemäß, und uns dabei noch als besonders fleißiges Volk darzustellen einfach nur Nonsens. In meiner beruflichen Tätigkeit in der Schweiz, den USA und dann 28 Jahre in Deutschland habe ich fleißige Leute kennengelernt, deren Haltung zu täglicher Arbeit einfach eine andere ist.

Josef-Dietrich Lerchl, 1220 Wien

Wer wäre der denn „bessere Mann“ gewesen?

„Pragmatismus gegen Ideologie, das ist Brutalität“, „Quergeschrieben“ von Andrea Schurian, 30. 5.

Leider kann man dieser pointierten Beschreibung des desaströsen Zustands unserer Innenpolitik nur bei Details widersprechen. So ein Detail ist für mich Frau Schurians Sichtweise bezüglich Frauensolidarität: „Frausein“ heißt in unserer Gesellschaft nämlich, bei vergleichbarer Leistung als Frau grundsätzlich schlechter als ein konkurrierender Mann beurteilt zu werden! Mit diesem Umstand hatte gerade auch Pamela Rendi-Wagner während ihrer gesamten Ära als SPÖ-Obfrau zu kämpfen. Und wenn man sich das statistisch „tote Rennen“ bei der Mitgliederbefragung in Erinnerung ruft und die Persönlichkeit der beiden verbliebenen Kandidaten etwas kritischer betrachtet, dann muss schon auch die Frage erlaubt sein: Für welchen „besseren Mann“ hätte Frau Rendi-Wagner denn schon frühzeitig ihren Posten freiwillig zur Verfügung stellen sollen, wie von Schurian „empfohlen“?

DI Peter Steckler, 1050 Wien

Mit Zurückhaltung gewinnt man keine Wahl

Andrea Schurian hat sich diesmal heftig ausgelassen über all das, was derzeit so aus dem Ruder läuft und was alles noch möglich sein wird SPÖ-intern. Das glaube ich auch. Dass man Pamela Rendi-Wagner aber so völlig außen vor lassen, ihrem Vorgänger die Schuld anlasten will, das scheint mir dann aber doch nicht ganz so richtig. Man muss leider sagen, dass die Vorsitzende viel zu wenig Durchsetzungsvermögen hatte und weder das politische Handwerk gelernt hat, noch der Bevölkerung glaubhaft vermitteln konnte, was Sozialdemokratie kann und ❯